

Politische

Meinungs- und Willensbildung

Die „Wirtschaftspolitische Gesellschaft von 1947“, über deren Jubiläumstagung an anderer Stelle dieses Heftes berichtet wird, hat Heft 52 ihrer Zeitschrift *Offene Welt* dem Thema „Politische Meinungs- und Willensbildung“ gewidmet. Mehr als 20 Mitarbeiter verschiedenster geistiger Herkunft nehmen zu den verschiedensten Aspekten des Problems Stellung oder referieren in Erfahrungsberichten über die politische Bildungsarbeit der Volkshochschulen, des Rundfunks und anderer Bildungseinrichtungen. Den Standpunkt der Gewerkschaften vertritt in diesem Heft in erster Linie *Dr. Franz Deus*, der Leiter der Bundesgewerkschaftsschule (Hans-Böckler-Schule) Hattingen, in einem Aufsatz „Die Haltung der Gewerkschaften im Blick auf das Ganze“, der eine wertvolle Ergänzung zu den Aufsätzen über Bildungsprobleme im Hauptteil dieses Heftes darstellt. Wir müssen uns darauf beschränken, einige Sätze aus dem Schlußabsatz der Darlegungen von Franz Deus zu zitieren:

„Aus ihrer gesellschaftspolitischen Verantwortung heraus sollten die Gewerkschaften immer wieder ihr Bildungswesen überprüfen und offen sein bzw. bleiben für jede Möglichkeit, die so dringend notwendige politische Bildung unseres Volkes in ihrem Bereich und mit ihren Mitteln zu fördern und zu befruchten. Politische Bildung ist die unerläßliche Voraussetzung für politische Meinungs- und politische Willensbildung. Wir tragen alle eine große politische Verantwortung auf unseren Schultern. Jeder von uns ist verpflichtet. Jeder einzelne, jedes gesellschaftliche Gebilde. Man wende nicht ein, es gebe ja kaum noch einen Bereich, in dem wir politisch mitgestalten, mitentscheiden könnten. Das stimmt nicht. Es kommt nicht so sehr auf die Höhe der »Ebene« an, auf der mitentschieden werden kann. Es gibt im weiten Raum des Wirtschafts-, Staats- und Gesellschaftslebens genügend Möglichkeiten. Indem wir uns bemühen, in diesen Räumen hier und heute mitzugestalten und mitverantworten und indem wir das politische Bildungsanliegen unser ständiges Bemühen sein lassen, werden wir wesentlich zur Findung eines neuen politischen Ansatzes, einer neuen politischen Sprache und eines neuen politischen Stils beitragen und vielleicht übermorgen jene politische Fähigkeit, Erfahrung, Überzeugungskraft und Glaubwürdigkeit erreicht haben, die zur Ausgestaltung und Festigung einer richtig verstandenen Demokratie unerläßlich sind. Wir alle sind politische Menschen, wir können und dürfen uns nicht aus der Politik und der politischen Verantwortung »beurlauben«. Das gilt für uns alle, ob wir nun als Einzelperson politisch ver-

pflichtet sind oder als gesellschaftliche Institution. Es gilt also auch für die Gewerkschaften als Faktoren politischer Willensbildung.“

Von einer anderen Seite her beleuchtet *Josef Kaut* in der österreichischen Monatsschrift *Die Zukunft* (11) die hier angeschnittenen Fragen in seinem Aufsatz „Grundlagen sozialistischer Kulturpolitik“. Als nächste Ziele nennt er: „Die Arbeit schöpferischer Menschen zu fördern, ihre Leistungen einem möglichst weiten Kreis des Volkes zugänglich zu machen, den Anteil der arbeitenden Menschen an den Kulturgütern zu steigern, ihrer Freizeit einen geistigen Inhalt zu geben und die wertlosen Surrogate, wie Schundfilm, illustrierte Zeitungen, leichte Unterhaltungsliteratur, besonders aber die gefährlichen Betäubungsmittel, wie den Alkohol, zu verdrängen.“

Als zentrale Aufgabe heutiger sozialistischer Kulturpolitik bezeichnet Kaut „die Bewältigung der Gegenwart“, d. h. die geistige Verarbeitung der raschen technischen und wirtschaftlichen Veränderungen im Zeitalter der Atomkraft und der Automation: „Es bleibt die wichtigste kulturelle Aufgabe der sozialistischen Arbeiterbewegung, an dem großen Prozeß der Bewältigung der modernen Welt, an der gedanklichen Formung der Gesellschaft aktiven Anteil zu nehmen ...“ Sozialistische Kulturpolitik müsse viel weiter reichen als bisher: „Wir müssen von der These ausgehen, daß in unserer Gesellschaft die Kultur unteilbar ist. Sie kann nicht gedeihen, wenn Teile des Volkes in Unwissenheit und mangelnder Bildung verharren müssen. Wir sehen in der Kultur ein Ganzes. Sie muß Erziehung und Wissenschaft, Philosophie und Soziologie ebenso wie die Pflege der Künste umfassen, und sie reicht in die Bezirke des alltäglichen Lebens, der Mode, der Wohnkultur.“ Und zum Schluß: „Es gibt keine Kulturpolitik ohne klare Entscheidungen, denn sie muß die Pflege des Wertvollen, die Steigerung der menschlichen Persönlichkeit und die Erhöhung des Lebensinhaltes anstreben. Die sozialistische Kulturpolitik wird daher von einem sozialistischen Wertsystem ausgehen und, wenn wir Kultur in einem umfassenden Sinn verstehen wollen, in weiten Bereichen geistige Entscheidungen vom Standpunkt der sozialistischen Ethik, des sozialistischen Humanismus und ihrem sozialen Sinn nach treffen müssen.“

Eine sehr wichtige Einzelfrage der Bildungsarbeit behandelt *Dr. Heinz Steinberg* (Berlin) in einem mit Recht sehr angriffigen Aufsatz „Die Deutschen brauchen Büchereien“ (*Der Monat*, Heft 111). Nicht deutlich genug kann man Steinbergs Hinweis unterstreichen, daß „hierzulande öffentliche Büchereien weithin unbekannt sind“. Ganz anders sieht es in anderen Ländern aus:

„In England gibt es pro Kopf der Bevölkerung etwa zehnmal soviele Büchereien wie in Deutschland; in ihren Regalen stehen zehnmal soviele Bücher, die an zehnmal soviele Leser zeh-

mal so oft ausgeliehen werden. Die Engländer geben freilich ebenso wie die Finnen, die Dänen, die Schweden und die Norweger auch mindestens zehnmal soviel Geld für ihre Büchereien aus: pro Jahr und Einwohner umgerechnet im Durchschnitt etwa 5 DM. Bei uns sind es knapp 50 Pfennig. Während es etwa in Finnland, das von zwei Weltkriegen nicht weniger beeinträchtigt wurde, noch ganze sieben Gemeinden mit insgesamt 1000 Einwohnern gibt, die keine eigene Bücherei unterhalten, haben sich in Deutschland bis heute 20 000 Gemeinden mit 16 Millionen Einwohnern noch nicht zur Gründung einer Bücherei entschlossen. Die meisten Staaten der USA vollends wenden noch erheblich mehr Geld für Büchereien auf.“

Sehr richtig unterstreicht Steinberg den Zusammenhang zwischen Büchereiwesen und Demokratie: „Nicht zufällig sind uns im Büchereiwesen gerade diejenigen Länder so weit überlegen, deren demokratische Substanz sich in längeren Zeiträumen bewährt hat als die unsere. Der demokratische Staat ist gehalten, seinen Bürgern durch Büchereien die Lebensorientierung zu erleichtern, ihnen das Material zu sachgerechtem Handeln und zur politischen Entscheidung zu bieten. Deshalb fördert man in demokratischen Ländern aus Steuergeldern die Kommunen, die überall Träger des öffentlichen Büchereiwesens sind, mit Hilfe von Büchereigesetzen. In der Bundesrepublik gibt es kein Büchereigesetz ...“ Und dabei wäre die kulturpolitische Förderung des guten Buches im Grunde einfacher und billiger als die (natürlich auch notwendige!) Subventionierung von Theater, Film, Funk, Fernsehen usw.: „Gute Bücher lassen sich eigentlich am leichtesten und wirksamsten fördern: Man braucht sie nur in die Regale einer öffentlichen Bücherei zu stellen.“

Gewerkschaft ohne Ideologie?

Der *Bildungsfunktionär* des österreichischen Gewerkschaftsbundes (Heft 59) veröffentlicht einen interessanten Aufsatz von *Norbert Burg* über „Gewerkschaft und Ideologie“. Nach einem historischen Rückblick auf die Grundmotive der „klassischen Gewerkschaftsideologien“ (Solidarität, Sozialismus) und einer Betrachtung der „Gewerkschaftsideologie heute“ setzt sich der Verfasser mit denen auseinander, die unter Hinweis auf die amerikanische Gewerkschaftsbewegung „Gewerkschaften ohne Ideologie“ fordern; er meint dazu:

„Gewerkschaft ohne Ideologie mag in den USA am Platze sein, in Europa würde durch die Zurückziehung der Gewerkschaft auf die Position des Nur-Interessenverbandes das Gleichgewicht der ideologischen Kräfte in einer für Staat und Gesellschaft höchst bedenklichen Weise gestört werden. Unter diesem Gesichtspunkt betrachtet, tritt an Stelle der Frage der Ent-Ideologisierung die der Re-Ideologisierung unserer Gewerkschaften.“

Wie Norbert Burg das meint, ergibt sich deutlicher aus den folgenden Sätzen: „Die absolute Negation des Ideologischen ist ein bewußtes oder unbewußtes Eingeständnis des Versagens derjenigen Geistes- und Seelenkräfte, die den Menschen befähigt haben, aus dem scheinbaren Nichts die Ideen zu seiner Lebensgestaltung zu schöpfen. Geblendet von dem Glanz seiner materiellen Kultur, vereinseitigt der moderne Mensch seine Erlebensfähigkeit so weit, daß er glaubt, das Leben ohne geistige Ordnungsprinzipien meistern zu können . . . Die Gewerkschaft ist wie keine andere Massenorganisation berufen, aus ihrer Tradition heraus diejenigen ethischen Werte zu erneuern, auf die es ankommt. Auf ihren ideologischen Beitrag kann Europa in seinem Ringen um einen neuen geistigen Standort nicht verzichten.“

Abschied von der Rentabilität?

Diese Frage stellt die Zeitschrift *Dokumente* (Heft 6) in sehr dankenswerter Weise zur Diskussion. Einleitend formuliert *Alfred Frisch* das Problem u. a. mit folgenden Sätzen: „Profit und Rentabilität waren lange die wichtigsten Säulen der kapitalistischen Ordnung, gleichzeitig Triebkraft für die individuelle Aktion und Rechtfertigung des finanziellen Wagnisses. Jetzt wird man sich aber zunehmend an den Abschied von diesen beiden kapitalistischen Grundbegriffen gewöhnen müssen; denn die Erfordernisse der modernen Gesellschaft wandeln sich entscheidend — wirtschaftlich wie sozial, Profit und Rentabilität treten hinter der Vollbeschäftigung und dem Imperativ der Versorgung mit Rohstoffen, Energie und Verbrauchsgütern zurück.“

Anschließend äußern sich in kurzen Diskussionsbeiträgen: *Günther Schleiminger*, Mitglied der deutschen OEEC-Delegation, Paris, Prof. *Eduard Heimann* (New York), Prof. *Francois Perroux* (Paris) und *Ludwig Rosenberg*, Leiter der Hauptabteilung Wirtschaftspolitik des DGB. Wir zitieren aus Ludwig Rosenbergs Bemerkungen, die gegenüber Frischs Optimismus die notwendige kritische Skepsis bewahren:

„Ist es tatsächlich so, wie Frisch behauptet, daß Profit und Rentabilität nicht mehr die Motive oder wenigstens nicht mehr wesentliche Triebkräfte der kapitalistischen Wirtschaftsordnung darstellten? In dieser Feststellung steckt unseres Erachtens ein kleiner gedanklicher Fehler, der aber gefährliche Folgen in der wirtschaftspolitischen Diskussion haben kann . . . Der Begriff des Profits wird schon seit langem ergänzt durch die Notwendigkeiten, die sich aus der gemeinwirtschaftlichen Versorgung der Bevölkerung mit wesentlichen elementaren Diensten ergeben. Die Entwicklung der öffentlichen Wirtschaft fällt z. B. in Deutschland zusammen mit der Selbstverwaltung der Gemeinden, der industriellen Revolution und der Verstärkung

der Bevölkerung während des Ablaufs des ganzen 19. Jahrhunderts.“

Frisch glaube nun aber, sagt Rosenberg, daß der wachsende Einfluß des Staates „Profit und Rentabilität nicht mehr länger als Maxime des wirtschaftlichen Denkens und Handelns gelten läßt“. Indessen sehe die Wirklichkeit, gerade in Deutschland, ganz anders aus. Die Kreise, die sich gern selbst als „die Wirtschaft“ bezeichnen, stehen ständig im Angriff gegen wirtschaftliche Handlungen und Tätigkeitsgebiete des Staates. Nur wenn ein privatwirtschaftlich geleitetes Unternehmen oder ein ganzer Wirtschaftszweig in Schwierigkeiten gerät, „dann wird man gern auf den Staat als Retter zurückgreifen; das kommt dann einer Sozialisierung der Verluste gleich“. Im übrigen gelte aber z. B. die Aufrechterhaltung der Vollbeschäftigung keineswegs

bereits als ein Prinzip, gegen das man nicht gegebenenfalls zugunsten der Aufrechterhaltung des Profits jederzeit verstoßen würde: „Gewisse Vorgänge bei den technologischen Umstellungen der letzten Zeit zeigen das deutlich.“ Abschließend konstatiert Ludwig Rosenberg: „Worauf es uns also entscheidend anzukommen scheint, ist die Klarstellung, daß der von Frisch aufgezeigte Trend zur Abkehr von der Rentabilität als wirtschaftlicher Maxime nicht aus einer Erkenntnis des kapitalistischen Wirtschaftssystems resultiert, nach der aus Oberzeugung in der freien Wirtschaft gehandelt würde. Vielmehr liegt dieser Trend in dem Zwang begründet, dem Staat eine Rolle im Wirtschaftsleben zuzugestehen, weil offenbar die Fehler und Schwächen der Profitwirtschaft staatlich korrigiert werden müssen.“ Dr. *Walter Fabian*